

Ergebnisprotokoll der 48. Mitgliederversammlung der Insel- und Halligkonferenz am 10. März 2022 in Kampen auf Sylt

Teilnehmende: lt. beigefügter Liste

Begrüßung und Beginn der Tagung

Der Vorsitzende Manfred Uekermann eröffnet die Tagung und begrüßt alle Anwesenden. Er bedankt sich bei Bürgermeisterin Stefanie Böhm (Kampen) für die Gastfreundschaft und die Möglichkeit im Kaamp Hüs zu tagen. Er begrüßt die Mitglieder des Bundestages, dankt für ihre Bereitschaft zum Gespräch und freut sich auf den Austausch.

Bevor die Sitzung weiter geht, erinnert Herr Uekermann an die schweren Zeiten angesichts des Krieges in der Ukraine. Es wird eine Schweigeminute für die Ukraine gehalten.

Der Vorsitzende übergibt das Wort an Frau Böhm. Die Bürgermeisterin freut sich über die gute Beteiligung und wünscht allen Teilnehmenden einen guten Sitzungsverlauf.

Im Mittelpunkt des heutigen Tages stehen Gespräche mit Mitgliedern des Bundestages über „Chancen und Herausforderungen für die Insel- und Halligwelt“. Mit Blick auf die Tagesordnung fühlt sich der Vorsitzende an die Mitgliederversammlung im Jahr 2016 in Wenningstedt erinnert. Es ging um die medizinische Grund- und Notfallversorgung der Inseln und Halligen sowie einer Bachelorarbeit zum „Risiko- und Krisenmanagement von Inseln und Halligen“. Die Themen stehen im Kontext mit der Verkehrsanbindung, der Daseinsvorsorge, dem Tourismus und der Lebensqualität im Allgemeinen. In der Zwischenzeit gibt es viele positive Entwicklungen, jedoch werden diese Themen die Insel- und Halligkonferenz auch weiterhin begleiten.

Impulsreferat „Nachhaltiger Tourismus“ - Wie lassen sich Tourismus, Verkehrsanbindung und Wirtschaft in Einklang bringen? *Stefan Seidler, SSW*

Herr Seidler sieht bei diesen Themen Herausforderungen für die Inseln und Halligen: Sicherung des Wohnraumes für Einheimische, die 2-gleisige Elektrifizierung, Ausbau der B5, Verkehrsberuhigung und den Ausverkauf von Immobilien an Nicht-Einheimische.

Der Verkehrswegeplan muss endlich umgesetzt werden. Dazu gehört die Elektrifizierung der Marschbahn von Itzehoe nach Wilster und Brunsbüttel und auch der zweigleisige Ausbau von Niebüll nach Klanxbüll und Morsum. Ebenso wichtig ist der schnelle Ausbau der B5. Die Politik muss stärkere Anreize schaffen, um auf den ÖPNV umzusteigen. Dies könnte in Form der Erweiterung des Angebotes mit E-Bussen oder der Einsatz moderner Wasserstoff-Bussen sein.

Der Ausbau der Radwege kann Gäste animieren, ohne PKW anzureisen. Denn Touristen kommen wegen der umwelt- und klimafreundlichen Umgebung. Tourismus, Wirtschaft und Verkehr können durchaus in Einklang gebracht werden, mit klimafreundlichen Lösungen. Als Beispiel nennt er die dänische Insel Bornholm. Der Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe konnte durch ein Tourismus-Branding mit einem Label für regionale Produkte entgegengewirkt werden. Die Bundespolitik steht in der Verantwortung, die finanzielle Förderung bereitzustellen und letztendlich den nachhaltigen Tourismus zu stärken und einen sanften Tourismus zu schaffen.

Herr Seidler macht sich für die Geburtshilfe auf den Inseln stark, um die Inselkraft durch junge Familien mit Kindern zu halten.

In der anschließenden Diskussion spricht der Vorsitzende die Erreichbarkeit der Inseln und Halligen in Form von Schiffsverbindungen an und die damit verbundene Frage, warum der Bund nicht die Verantwortung und die Kosten für die Freihaltung dieser Bundeswasserstraßen übernimmt. Ein weiterer Problempunkt ist die Verschlickung der nordfriesischen Häfen. Wie sollen die freigehalten werden, wenn auch kein Sand mehr aus dem Wattenmeer entnommen werden darf. Die Erreichbarkeit der Inseln und Halligen muss für die Zukunft sichergestellt werden, denn ohne Fährverbindungen fehlt eine Lebensgrundlage für die Bevölkerung. Heidi Braun fordert, dass ausgebaggertes Sediment (u.a. aus Häfen, Wasserwegen) ohne naturschutzfachliche Bürokratie für den Deichbau aufbereitet und verwendet werden kann. Herr Seidler nimmt diese Fragen und Themen mit in den Bundestag und spricht sich für eine zeitgemäße Umgestaltung aus. Hark Riewerts bittet darum, dass die MdBs die Dringlichkeit des Themas mitnehmen.

Herr Uekermann erinnert an das Schiffsunglück des Frachters „Pallas“ und fragt, wie die Bundespolitiker zu der Forderung der Insel- und Halligkonferenz nach einer einheitlichen Küstenwache stehen. Angesichts des grenzüberschreitenden Verkehrs käme auch eine internationale Küstenwache mit den Nachbarländern in Betracht. Frau Braun fordert zusätzlich einen weiteren Notschlepper an der Nordseeküste. Frau Damerow und Herr Seidler sprechen sich für eine parteiübergreifende Zusammenarbeit für Fragen zur Westküste aus.

Zur Verklappung des Hafenschlicks an der Elbe, äußert der Vorsitzende seinen Unmut darüber, dass aktuell die Hamburger Hafenverwaltung HPA plant, Millionen Tonnen ihres teilweise belasteten Hafenschlicks zwischen Nationalpark Wattenmeer und Elbfahrinne, nahe der Vogelschutzinsel Scharhörn zu verklappen.

Da den Abgeordneten nicht alle Resolutionen der Insel- und Halligkonferenz bekannt sind, wird die Geschäftsstelle diese an die Abgeordneten weiterleiten.

Frau Loop verlässt die Sitzung bis zu ihrer Präsentation wegen einer zeitgleichen Videokonferenz.

Impulsreferat „Daseinsvorsorge“ - Wie sieht die Zukunft aus mit Blick auf Mobilität, Regel- und Notfallversorgung sowie Dauerwohnraum? Gyde Jensen, FDP

Frau Jensen fokussiert sich auf die Schwerpunkte Bildung, Kita und Wohnraum. Sie findet es wichtig, junge Menschen und junge Familien auf den Inseln und Halligen zu halten und neu zu gewinnen. Eine Maßnahme liegt im Ausbau der digitalen Infrastruktur zur Sicherstellung des digitalen Unterrichts, aber auch zur Ermöglichung neuer Arbeitsangebote. Die Corona-Zeit hat gezeigt, dass heutzutage mobiles und flexibles Arbeiten möglich ist.

Am Beispiel der Ukraine macht sie deutlich, dass neben Mütter mit Kindern auch ausgebildetes Lehrpersonal in Deutschland Zuflucht sucht. Damit alle Kinder unterrichtet werden können, sollten die Voraussetzungen für das E-Learning geschaffen werden.

Frau Jensen empfiehlt den Kommunen die Erweiterung von Mischgebieten, um gleichzeitig neben Wohnraum für Einheimische, durch Gewerbeinnahmen die Kosten für die notwendigen Kita-Plätze zu finanzieren. Zum Ausbau der frühkindlichen Bildung müssten der Bund und die Länder an einen Tisch, um finanzierbare Lösungen zu finden.

Besonderen Bedarf sieht sie darin, die Voraussetzungen für Geburten auf den Inseln wieder zu ermöglichen. Es muss eine Balance gefunden werden zwischen höchster medizinischer

Sicherheit und dem Modell des Boardings. Frau Jensen spricht sich dafür aus, dass Bund und Hebammen gemeinsam Wege finden, damit Familien gerne auf die Inseln ziehen.

Jörg Singer geht auf den Vorschlag zur Erweiterung der Mischgebiete ein. Da die Inseln und Halligen vom Meer umgeben sind, ist dem eine natürliche Grenze gesetzt und nur sehr wenig Baugebiete sind noch vorhanden. Und wenn, dann ist der Wohnraum – besonders für junge Familien – nicht bezahlbar.

Stefanie Böhm berichtet von aktuellen Schwierigkeiten Flächen von der BImA (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben) für die Schaffung von Wohnraum zu erwerben. Herr Singer schlägt insulare „BImA-Gipfel“ vor, mit denen sie auf Helgoland gute Erfahrungen gemacht haben.

Nicolas Häckel ergänzt, dass die Gemeinden ihr Vorkaufsrecht angesichts der Konkurrenz mit dem freien Markt nicht ausüben können. Die Gemeinden haben kaum Möglichkeiten, der Zweckentfremdung von Wohnraum entgegen zu wirken. Ein Wohnraumentwicklungskonzept ist in Arbeit, erst wenn dieses fertig gestellt ist, können die Gemeinden weiter planen und bauen.

Frau Damerow erläutert, dass die BImA den Auftrag hat, bestmögliche Einnahmen zu erzielen. Sie schlägt ein gemeinsames Gespräch der MdBs mit den Zuständigen der Fraktion und der BImA vor.

Katrin Fifeik findet eine Woche Boarding nicht ausreichend, in der Regel werden eher zwei Wochen am Festland verbracht. Zum Bereich Bildung sollte das duale System mit berufsbegleitender Ausbildung stärker unterstützt werden. Derzeit ist es nicht möglich die offene Ganztagschule zu besetzen – auch wenn das gesetzlich vorgeschrieben ist – da kein Personal gefunden werden kann.

Frau Braun erklärt, dass die Finanzierung der Kitaplätze kein Problem ist, aber die Schaffung von Wohnraum. Eine Geburtsstation auf den Inseln wäre sehr zu begrüßen, ist aber wegen der medizinischen Voraussetzungen nicht realistisch.

Herr Uekermann weist darauf hin, dass die Öffnung von Geburtsstationen schwer zu realisieren ist. Der Kreis Nordfriesland hat gemeinsam mit den Gemeinden ein Programm aufgelegt und viel in die Geburtshäuser investiert. Angebote liegen vor, aber es fehlen die Hebammen.

Ruth Hartwig-Kruse macht deutlich, dass der Blick nicht nur auf die Notfallversorgung gerichtet sein sollte, sondern auch auf die fehlende medizinische Grundversorgung. Für Bedarfsgemeinden – dazu gehören u.a. die Halligen – ist nicht alles möglich.

Herr Seidler fragt nach, wie die Insel- und Halligkonferenz zur Telemedizin steht. Denn das Land ist für die flächendeckende medizinische Grundversorgung in der Pflicht. Herr Uekermann berichtet, dass ein großes Interesse am Ausbau der Telemedizin besteht. Am Beispiel der Halligen zeigt sich, dass es noch sehr viele Stolpersteine gibt. Im Bereich der Notfallversorgung betont er die Wichtigkeit des Standortes St. Peter Ording als Rettungshubschrauberlandeplatz für die nordfriesischen Inseln und Halligen sowie Helgoland.

Frau Jensen schlägt vor, Minister Wissing zu einem vor Ort Termin einzuladen, um sich ein Bild von den Problemen an der Westküste zu machen.

Frau Jensen verlässt die Sitzung wegen einer zeitgleichen Videokonferenz. Sie nimmt am Abendprogramm teil.

Impulsreferat „Arbeitsmarkt/–mangel“ - Welchen Einfluss haben Mobilität, Wohnraum, Umweltschutz bei Schaffung/ Sicherung von Arbeitsplätzen? Astrid Damerow, CDU

Frau Damerow stellt fest, dass die Attraktivität der Inseln und Halligen herausgestellt werden muss, um Menschen für diese Region zu fesseln. Sie verweist auf Resolutionen der IHKo.

Zum Wohnraum stellt sie fest, dass Planungs- und Genehmigungsverfahren zu viel Zeit in Anspruch nehmen. Seitens der Politik sollten Ausnahmesituationen erkannt werden. Das Planungsfeststellungsgesetz auf Landes- und Bundesebene sollte die Förderung des sozialen Wohnungsbaus in den Fokus nehmen. Wohnungseigentum ist wichtig, aber dabei werden Menschen aus dem Blick verloren, die nicht die finanziellen Mittel zum Erwerb von Eigentum haben. Andere Modelle müssen her. Als positives Beispiel nennt sie das Genossenschaftsmodell der Insel Amrum. Das Thema Mehrfamilienhausbau kommt häufig zu kurz. Bei allen Planungen rät sie zur engen Abstimmung mit den Gemeinden, um Spekulationen zu vermeiden. Zur Wahrung der Eigentumsrechte ist es wichtig, dass die Gemeinden Vorgaben im Rahmen der B-Pläne machen.

Für Frau Damerow ist auch der Tourismus auf den Inseln und Halligen wichtig. Dazu gehören die Mobilität, Erreichbarkeit und Antriebstechniken. Erfreulich ist der zweigleisige Ausbau der Bahnstrecke Niebüll-Klanxbüll. Ebenso ist die Elektrifizierung der Bahnstrecke ein absolutes Muss. Klimaneutrale Mobilität muss auch im Fährverkehr angegangen werden. Wichtig für die Zukunft wird das große Thema Klimafolgenmaßnahmen sein mit Bereichen wie Küstenschutz, Starkregenfolgen, Landwirtschaft, Naturschutz aber auch das Leben der Menschen auf den Inseln und Halligen.

Ein Dauerbrenner ist der Küstenschutz. Marine Raumordnung, Schifffahrtswege, Deichbau – alles muss zusammen betrachtet werden. Eine Herausforderung ist es, Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel mit naturschutzrechtlichen Vorgaben zusammenzubringen. Der Deichbau dient dem Schutz von Menschen und Tieren ebenso wie dem Naturschutz und sollte daher nicht durch Ausgleichsmaßnahmen belastet werden. Ein sicherer Küstenschutz ist auch in Zukunft weiterhin Grundlage für das Leben auf den Inseln und Halligen. Angesichts begrenzter Möglichkeiten ist zu überdenken, ob Ausgleichsmaßnahmen für den Küstenschutz der Inseln und Halligen noch angemessen sind. Frau Damerow wird die Themen mit in den Bundestag nehmen.

Frau Hartwig-Kruse äußert Bedenken, dass die Daseinsvorsorge auf den Halligen durch die Zahlung von Ausgleichsmaßnahmen erschwert ist. Zudem ist es sehr unerfreulich, dass Projekte fern von den Inseln und Halligen mit den Mittel gefördert werden. Als weiteres Problem spricht sie die Notwendigkeit zum Erhalt der Wattsockel an.

Erk Hensen kritisiert, dass bereits 2005 Mängel am Deich in Dunsum festgestellt wurden, aber sich die Baumaßnahmen verzögern, weil das notwendige Sediment zu teuer ist.

Elke Dethlefsen merkt an, dass Bühnen gebaut, aber nicht mehr angeworfen werden dürfen. Dadurch wird die Erosion beschleunigt und der Inselsockel wird nicht mehr gesichert.

Klaus Jensen schlägt vor, die Fortschreibung des Generalplans Küstenschutz im Landtag neu zu erörtern, speziell zum flächenhaften Küstenschutz, Ausgleichsflächen und Kohärenz sowie den Erhalt der Wattsockel.

Die letzte Sturmflut hat gezeigt, dass die Wattsockel erhalten bleiben müssen. Trotzdem dürfen keine Bühnen gebaut werden, weil das LKN keinen Antrag stellt und die Umsetzung zu lange dauern würde. Die Wahrnehmungen von Behörden am Schreibtisch und Menschen vor Ort sind sehr unterschiedlich, so Frau Hartwig-Kruse.

Frau Braun äußert sich kritisch zu Aussagen von Behörden, dass beispielsweise das Freispülen der Kliffkanten auf Föhr der Natur überlassen werden müsste. Das Material bliebe im System. Weiter regt sie an, die Ressourcen für die Landwirtschaft zu schonen und somit zur Sicherstellung der Lebensmittelerzeugung aus Deutschland beizutragen.

Frau Damerow hält ein Gespräch zwischen der Insel- und Halligkonferenz, dem MELUND, dem LKN und Vertretern aus dem Land- und Bundestag für ratsam.

Frau Damerow verlässt die Sitzung wegen anderweitiger Termine.

Impulsreferat „Lebensqualität“ - Wie gestalten sich die Lebensbedingungen von Jung und Alt auf den Inseln und Halligen und wie passt dazu eine nachhaltige Energieversorgung? Denise Loop, Bündnis90/ Die Grünen

Frau Loop berichtet anhand einer PPP (siehe Anlage) über Spannungsfelder in besonderen Lebensphasen und Lebensräumen wie Einschränkungen vs. Freiheiten und Unabhängigkeit vs. Kontrolle sowie die digitale Kinder- und Jugendhilfe und die Erarbeitung einer Einsamkeitsstrategie. Zur nachhaltigen Energieversorgung teilt sie mit, dass die EEG-Umlage im Sommer wegfallen soll.

Christian Stemmer merkt an, dass das Amt Föhr-Amrum vor drei Jahren mit dem Prozess der Gründung einer insularen Energieversorgung für Föhr und Amrum begonnen hat. Leider fehlt es an Unterstützung vom Land in Bezug auf den Ausbau erneuerbarer Energien. Die planerische Umsetzung mit Machbarkeitsstudien usw. ist sehr zeitaufwendig und es gibt keine finanzielle Unterstützung für die Gemeinden, obwohl der Klimawandel ein landesweites Thema ist. Zudem werden die Inseln in ihrem Bestreben zur CO₂-Neutralität eingeschränkt, da laut Landesplanung Inseln und Halligen von der Errichtung von Windkraftanlage ausgeschlossen sind. Bestehende Anlagen haben Bestandsschutz.

Joachim Christiansen ist enttäuscht, dass das Bemühen der Gemeinden keine Anerkennung findet. Es ist keine Leichtigkeit 15 Gemeinden unter einen Hut zu bekommen. Jetzt gibt es viele Interessenten, aber man kommt nicht weiter. Es besteht die Gefahr, diese Interessenten für die gute insulare Lösung zu verlieren. Eine Parallele sieht er zum Thema Wohnraum und die landesweiten Vorgaben zur Innenraumentwicklung. Aktuell liegen der Gemeinde mehr Anfragen auf Wohnraum vor, als diese laut des Plans zur Innenraumentwicklung bedienen kann. Es gilt jetzt den Wohnraum zu erschließen und nicht dann, wenn keine Anfragen mehr vorliegen.

Hark Riewerts macht deutlich, dass die Gemeinden mit ihrem ersten Schritt zur Autarkie von externer Energie eine Zeitenwende eingeleitet haben. Wenn es jetzt nicht weitergeht, ist das eine große Enttäuschung für alle Beteiligten und potentielle Energiekunden. Er hat das Vorbild der dänischen Inseln Samsø vor Augen. Auch in seiner Gemeinde gibt es aktuell viele Anfragen von jungen Leuten, die auf der Insel leben und arbeiten möchten und neuen Wohnraum suchen. Da nicht ersichtlich ist, dass der Bedarf zügig gedeckt werden kann, werden diese Familien dem Inselleben verloren gehen. Generell wäre der Ausbau kleiner Gewerbegebiete auf den Inseln ein Fortschritt, damit junge Menschen mit Ideen zur Selbstständigkeit eine Chance bekommen. Dazu kommen die bekannten schwierigen Themen wie Wohnraum für Einheimische und die medizinische Versorgung von alten Menschen vor Ort.

Frau Loop schlägt einen vor Ort Termin mit MdB Ingrid Nestle vor.

Herr Seidler spricht sich für eine gemeinsame Initiative aus und lädt die Mitglieder der Insel- und Halligkonferenz nach Berlin ein.

Abschlussdiskussion

Der Vorsitzende trägt den Vorschlag vor, eine/n Inselbeauftragte/n auf Bundesebene zu etablieren. Diese Person soll die gemeinsamen Interessen und Belange der Insel- und Halliggemeinden aus Nord- und Ostsee vertreten und mit Sitz in Berlin näher an der Bundespolitik sein. Zudem steht die Frage im Raum, ob eine neutrale Person neu etabliert werden sollte oder ob die Interessen durch eine/einen Bundestagsabgeordnete/n vertreten werden könnten. Herr Uekermann bittet um die Einschätzung der beiden MdBs zu dieser Idee. Herr Seidler findet die Idee gut und richtig. Er gibt zu bedenken, dass die Interessen der Inseln und Halligen so vertreten werden müssten, dass ein Alleinstellungsmerkmal für die Region erreicht wird und keine weiteren Regions-Beauftragten Interesse anzeigen.

Herr Uekermann bedankt sich bei den Gästen mit einem kleinen Dankeschön – mit den Wanderrouten Expedition Uthlande.

Die Sitzung endet um 18:00 Uhr.

Manfred Uekermann
Vorsitzender

Meike Frädrich
Protokoll

**Teilnehmende der 48. Mitgliederversammlung der Insel- und Halligkonferenz
am 10. März 2022, Kaamp Hüs, Kampen**

Nr.	Name	Gemeinde/ Institution	anwesend
1	Uekermann, Manfred Vorsitzender	Vertreter der Gemeinde Sylt	anwesend
2	Braun, Heidi Stellv. Vorsitzende	Bürgermeisterin der Gemeinde Wrixum	anwesend
3	Dethlefsen, Elke Vorstand	Stellv. Bürgermeisterin der Gemeinde Nebel auf Amrum	anwesend
4	Hinrichsen, Heike Vorstand	Bürgermeisterin der Gemeinde Hallig Langeneß	anwesend
5	Singer, Jörg Vorstand	Bürgermeister der Gemeinde Helgoland	anwesend
6	Böhm, Stefanie	Bürgermeisterin der Gemeinde Kampen Sylt	anwesend
7	Christiansen, Joachim	Bürgermeister der Gemeinde Oevenum	anwesend
8	Daniels, Cornelius	Bürgermeister der Gemeinde Witsum	anwesend
9	Fifeik, Katrin	Bürgermeisterin der Gemeinde Wenningstedt- Braderup	anwesend
10	Häckel, Nikolas	Bürgermeister der Gemeinde Sylt	anwesend
11	Hartwig-Kruse, Ruth	Bürgermeisterin der Gemeinde Nordstrand für Nordstrandischmoor	anwesend
12	Hemsen, Erk	Bürgermeister der Gemeinde Dunsum	anwesend
13	Just, Katja	Bürgermeisterin der Gemeinde Hallig Hooge	anwesend
14	Inke Kessenich-Neubauer	Stellv. Bürgermeisterin der Gemeinde Hörnum	anwesend
15	Klüßendorf, Christian	Stellv. Bürgermeister der Gemeinde Wittdün auf Amrum	anwesend
16	Kolk, Jürgen	Bürgermeister der Gemeinde Hallig Gröde	anwesend
17	Korth, Astrid	Bürgermeisterin der Gemeinde Pellworm	anwesend
18	Quedens, Kai	Vertreter der Gemeinde Norddorf auf Amrum	anwesend
19	Riewerts, Freddy	Bürgermeister der Gemeinde Nieblum	anwesend
20	Riewerts, Hark	Bürgermeister der Gemeinde Oldsum	anwesend
21	Schwab, Göntje	Bürgermeisterin der Gemeinde Utersum	anwesend
22	Stemmer, Christian	Amtsleiter Amt Föhr-Amrum	anwesend
23	Vollert, Frauke	Bürgermeisterin der Gemeinde Midlum	anwesend
24	Eckelt, Natalie	Geschäftsführerin der Insel- und Halligkonferenz	anwesend
25	Frädrich, Meike	Mitarbeiterin der Insel- und Halligkonferenz	anwesend
	Referentinnen/ Referenten/ Gäste		
26	Damerow, Astrid	Mitglied des Bundestages, FDP	anwesend
27	Jensen, Gyde	Mitglied des Bundestages, FDP	anwesend
28	Jensen, Klaus	Mitglied des Landtages, CDU	anwesend
29	Loop, Denise	Mitglied des Bundestages, Bündnis 90/Die Grünen	anwesend
30	Seidler, Stefan	Mitglied des Bundestages, SSW	anwesend